ALiNa

Altonaer Linke Nachrichten

ALiNa Nr. 4, Frühjahr 2014

Liebe Leserinnen und Leser,

am 21. Dezember 2013 kam es im Zuge einer Demonstration im Schanzenviertel zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Es gab außerordentlich viele Verletzte. Die Schuldzuweisung erfolgte reflexartig. Hamburger Polizei, Senat, Parteien wie SPD, CDU und FDP sowie Printmedien waren sich sofort einig: die Schuld trugen allein linksautonome DemonstrantInnen. Keine Ursachenforschung, keine Reflexion des polizeilichen Vorgehens, kein Hinterfragen des eigenen Zutuns.

Dann erfolgte angeblich ein Überfall auf die Davidwache. Prompt gingen die Schuldzuweisungen in dieselbe Richtung. Der Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz Manfred Murcks bewies sogleich, warum bundesweit das Vertrauen in die geheimnisvolle Tätigkeiten der VS-Landesämter gegen Null geht. Unter anderem bezichtigte er ohne jede Beweisführung Fans des FC St. Pauli der Übergriffe auf Polizisten. Der Chef der Polizeigewerkschaft schlug mit ähnlichen Behauptungen in die gleiche Kerbe, ebenfalls ohne Beweise. Heute muss ernsthaft bezweifelt werden, ob überhaupt ein planvoller Überfall stattgefunden hat. Alle Schuldzuweisungen wurden nach und nach zurückgenommen. Wer am selben Abend rund 150 Meter weiter einen Polizisten übel verletzt hat, konnte bis heute ebenfalls nicht aufgeklärt werden.

Auf acht Hektar Fläche wurde in vier Stadtteilen ein sogenanntes Gefahrengebiet eingerichtet, zwei Hundertschaften Polizei durchkämmten tagelang die Straßen, kontrollierten all jene, die von der Kleidung her linksautonomen Menschen, St. Pauli-Fans und anderen kritischen Geistern zugerechnet wurden, nahmen Leibesvisitationen vor und überprüften ihre Identität. Diese Art des Vorgehens aufgrund von generalisierenden Verdächtigungen und Zuschreibungen birgt in sich den Kern von Willkür und erinnert an einen Polizeistaat.

1.000 Kontrollen nahm die Polizei vor. Beschlagnahmt wurden Klobürsten, Klopapier, 19 (!) Böller in der Silvesternachzeit, ein Knüppel , ein Taschenmesser und nur sehr wenig mehr. Eine kuriose Auswahl an „gefährlichen“ Waffen.

Dafür hatten Flüchtlinge und MigrantInnen unversehens Angst, durch ihre Stadteile zu gehen, ohne von der Polizei behelligt zu werden. Viele Einwohner der betroffenen Viertel fühlten sich gegängelt und waren deutlich verärgert. Das Vorgehen der Polizei erinnerte an die Praxis in Bürgerkriegsgebieten. Grundrechte wie das Bewegungs- und Versammlungsrecht wurden außer Kraft gesetzt. Weder das Parlament noch ein Richter wurde an der Entscheidung der Polizei beteiligt, kraft des Gesetzes über die Datenverarbeitung der Polizei §4, Absatz 2 ein Gefahrengebiet einzurichten. Dieses Gesetz von 2005 gehört abgeschafft!

Und zu guter Letzt noch dies: der SPD und dem Senat stünde es gut an, nicht stur auf Härte zu setzen und sich gegenüber Andersdenkenden nicht ignorant zu verhalten, sondern politische Probleme der Stadt gemeinsam mit der Bevölkerung konstruktiv zu lösen. Dem Hamburger Abendblatt stünde es gut an, nicht die Aktion „Hamburger gegen Gewalt“ loszutreten und damit die Stimmung zusätzlich aufzuheizen, sondern besonnen zu recherchieren und danach zu urteilen. Über einen Immobilienhai wir Kretschmer, der vor allem Öl ins Feuer gießt, muss nichts mehr gesagt werden.

Volker Vödisch

INHALTSVERZEICHNIS:

Die Linke Altona – sozial und solidarisch
Warum eine starke Linke in die Bezirksversammlung einziehen muss **Seite 2**

Agenda 2020 – oder Kaiser Wilhelm lässt grüßen
Eine Bund-Länder-Kommission hat Vorschläge zu Hartz IV erarbeitet **Seite 6**

U5 **Seite 7**

Bilderrätsel **Seite 7**

Altona im Winter 2013/2014 **Seite 8**

Bericht von der Bundesfrauenkonferenz **Seite 12**

Landstrom-Debatte **Seite 13**

Deutsche Chemie für syrisches Gitfgas? **Seite 14**

Lampedusa in Hamburg: Antwort an den Senat und Vorschlag zur Lösung im Sinne von Menschenwürde und Menschenrecht **Seite 15**

Regelmäßige Termine **Seite 20**

DIE LINKE ALTONA – SOZIAL UND SOLIDARISCH!

Zur Wahl am 25. Mai: Warum eine starke Linke in die Bezirksversammlung einziehen muss

Es ist nicht lange her, als wir Linke uns über unser gutes Bundestagswahlergebnis freuten. Allerdings blickten wir gleichsam mit Sorge nach Berlin. Denn dort bahnte sich schon frühzeitig eine große Koalition an, die sich künftig mit ihrer Zweidrittelmehrheit jeder demokratischen Kontrolle entziehen wird. Die Fortsetzung der alten Politik mit sozialen Reförmchen war zu erwarten, ohne jede substanzielle Veränderung. Die Furcht entpuppte sich nicht als grundlos. Die selbst ernannte soziale Volkspartei SPD, die bei den Bundestagswahlen ihr zweitschlechtestes Ergebnis erreichte, stümperte in ihrer Begeisterung über ihre Regierungsbeteiligung gleich los und schoss eine schnelle Rentenreform aus der Hüfte, die den Namen nicht verdient. Auch die Energiewende, weg vom Atomstrom und hin zu einer ökologischen, nachhaltigen Energiegewinnung, wird wohl aufs Eis gelegt, anders können die Verlautbarungen des neuen Ministers Gabriel nicht gedeutet werden. Es erinnert alles an die Senatspolitik unter Bürgermeister Olaf Scholz.

DEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU STÄRKEN, MIETEN SENKEN

Es wurde eine Wohnungsbauoffensive angekündigt, in derem Verlauf ein Drittel aller Neubauten aus Sozialwohnungen bestehen sollten. Der aktuelle Anteil beträgt gerade einmal ein Fünftel, von denen wiederum nur die Hälfte der Sozialwohnungen eine Eingangsmiete von 5,80 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche haben werden. Fast 43 % aller Hamburger Haushalte haben ein Anrecht auf eine Sozialwohnung, doch es stehen kaum mehr als 90.000 zur Verfügung. Hamburg müsste selbst bauen und das Feld nicht allein Investoren überlassen, die mit dem Verkauf von Eigentumswohnungen mehr verdienen als mit der Erstellung und Vermietung von Sozialwohnungen. ***DIE LINKE*** fordert deshalb, dass wenigstens 50 % aller Neubauten für Sozialwohnungen zur Verfügung stehen müssen. Die Belegungs- und Mietpreisbindung sollte generell 30 Jahre gelten. Hamburg braucht eine Initiative zur Senkung von Mieten, damit die soziale Existenz der MieterInnen nicht weiter gefährdet wird.

NACHSTEUERUNGSPAKET GÜR GANZTAGSSCHULEN

Der Ganztagsbetrieb wurde nunmehr für 200 Grundschulen eingeführt, doch die Beschwerden über die vielen Unzulänglichkeiten und Qualitätsmängel reißen nicht ab. Alle Betroffenen, Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen wie sonstige pädagogischen Fachkräfte, sind ernsthaft verärgert. Es fehlt an Räumlichkeiten und qualifiziertem Personal, der Betreuungsschlüssel wurde erhöht, das Essen ist oft schlecht, die Essenssätze wurden gesenkt, der Kantinenneubau wird auf Catering begrenzt, das Betreuungspersonal im Nachmittagsbereich fluktuiert aufgrund der schlechten Entlohnung und Arbeitsbedingungen stark und die Förderpauschalen der Inklusionskinder wurden gekürzt. Die Inklusion wird in der Hauptsache von Stadtteilschulen geleistet, kaum aber von Gymnasien.

Nach wie vor gibt es ein Zweiklassenabitur. GymnasialschülerInnen schneiden meist besser ab als SchülerInnen von Stadtteilschulen, was vor allem an den unterschiedlichen Rahmenbedingungen hängt, an deren Angleichung der Senat nur höchst zögerlich herangeht. ***DIE LINKE*** setzt sich für ein Nachsteuerungspaket für alle GBS-Standorte ein in den genannten Bereichen ein. SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern und Träger der Nachmittagsbetreuung sollten daran verbindlich mitarbeiten.

AUSBAU DER OFFENEN KINDER- UND JUGENDARBEIT

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit verzeichnete einen gewaltigen Aderlass. Kürzungen um mehr als zehn Prozent führten zu Kündigungen und Schließungen von Einrichtungen. Darüber hinaus fielen weitere Jugendeinrichtungen aus den offenen Bereich heraus, weil sie in einen anderen Bereich umgeschichtet wurden und nun andere Angebote vorhalten müssen. Dies wäre, so Sozialsenator Scheele, auch richtig, denn schließlich würden die Ganztagsschulen die Offene Kinder- und Jugendarbeit überflüssig machen.

Was er allerdings verschweigt, ist der Umstand, dass vor allem Jugendhilfeeinrichtungen den Betrieb der Nachmittagsbetreuung in den Schulen sicherstellen. Abgesehen davon halten die häufig gut besuchten Jugendclubs und Bauspielplätze Angebote außerhalb der Unterrichtszeit auch am späten Nachmittag, in den Abendstunden und am Wochenende vor, sofern sie personell dazu in der Lage sind. ***DIE LINKE*** fordert die Rücknahme der Kürzungen, setzt sich für einen personellen, materiellen und bedarfsgerechten Ausbau der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ein und befürwortet den Ausbau von Kinder- und Familienzentren.

UMGANG MIT FLÜCHTLINGEN

In der Flüchtlingspolitik zeigt der Senat den hilfesuchenden Menschen ebenfalls eine kalte Schulter. Da unterscheidet sich die SPD von keiner anderen konservativen oder reaktionären Partei. Sie entwickelt keine Willkommenskultur, sondern der Senat zieht sich auf vermeintlich unumstößliche Gesetze zurück, obwohl sie den rechtlichen Spielraum, den diese Gestze auch bieten, gar nicht erst nutzt. Deshalb ist ein großer Teil der Bevölkerung ehrlich empört über das bisherige Vorgehen des Senats und der Behörden gegenüber den Lampedusa-Flüchtlingen.

Flüchtlinge benötigen keine Unterbringung in Massenunterkünften, sondern Wohnungen inmitten der Wohnviertel, einen kostenlosen Sprachunterricht und das Recht auf Arbeit, damit sie die Gelegenheit haben, ein Leben in Würde zu führen und sich in das gesellschaftliche Leben zu integrieren. Wer floh, hatte dafür gute Gründe. Deshalb sollten alle Flüchtlinge in Hamburg ein humanitäres Aufenthalts- und Bleiberecht erhalten.

JUGENDHILFESYSTEM REFORMIEREN

Wieder starb in Hamburg ein Kind nach Misshandlungen und infolge von Vernachlässigung. Bisher konnte sich der Senat nicht dazu durchringen, eine Enquete-Kommission mit dem Ziel einzusetzen, das Hamburger Jugendhilfesystem von unabhängigen ExpertInnen überprüfen zu lassen, deren Untersuchungsergebnisse zu einer sinnvollen und hilfreichen Umgestaltung der Jugendhilfe führen könnten. Das hatte ***DIE LINKE*** schon nach dem Tod eines Wilhelmsburger Mädchens in der Bürgerschaft beantragt. Stattdessen verschärfte der Senat die Kontrollen und erhöhte den Verwaltungsaufwand für die Jugendämter und für andere Träger der Hilfen zur Erziehung um ein Vielfaches. Der Nutzen ist gering und allen pädagogischen Kräften fehlt die Zeit, ausreichend oft nach den gefährdeten Kindern zu schauen. Deshalb fordern wir für Hamburg erneut die Einrichtung einer Enquete-Kommission und die Reformierung des Jugendhilfesystems.

KEINE GESCHLOSSENE UNTERBRINGUNG VON KINDERN

Viele besonders verhaltensauffällige Hamburger Kinder und Jugendliche wurden in Brandenburg in einem geschlossenen Heim untergebracht. Dort wurden sie gemeinsam mit Kindern aus anderen Bundesländern erwiesenermaßen unterdrückt, gequält, gefesselt, geschlagen und terrorisiert. Obwohl ehemals dort tätige PädagogInnen und aus dem Heim geflüchtete Jugendliche glaubhaft und rechtlich unanfechtbar darüber berichteten, weigerte sich der Senat anfangs, dem Glauben zu schenken und alle Hamburger Kinder herauszunehmen. Statt unverzüglich vor Ort die Zustände zu überprüfen, wollte man erst einmal auf ein Gutachten warten. Es war unter anderem die Hamburger *LINKE*, die gemeinsam mit den Brandenburger Linken das Thema öffentlich machte. Die Landesregierung, gebildet aus einer Koalition der Partei ***DIE LINKE*** mit der SPD, hat inzwischen das Heim und weitere des Trägers geschlossen. Auch in anderen Bundesländern wie in Mecklenburg-Vorpommern darf der Träger Haasenburg kein Heim mehr betreiben.

Nun will der Senat in Hamburg die Möglichkeit einer geschlossenen Unterbringung schaffen, obwohl viele renomierte ExpertInnen strikt davon abraten. Schon zweimal gab es in Hamburg in der Feuerbergstraße eine geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen. Beide Male ohne jeglichen Erfolg. Zwangsmaßnahmen helfen Kindern nicht, wohl aber eine zugewandte, kontinuierlich erfolgende Beziehungsarbeit, aus der eine belastbare und Perspektiven verschaffende Bindung entsteht. Es gilt also über Alternativen nachzudenken. Das geht nur, wenn man den ExpertInnen zuhört und nicht „Schill“ spielt! Wir Linke wollen in jedem Fall eine geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Hamburg verhindern.

KEINE GEFAHRENGEBIETE MEHR EINRICHTEN

Zuletzt bildeten drei Stadtteile ein Gefahrengebiet, ein nahezu einmaliges Ereignis in Europa. Vorausgegangen waren zahlreiche Demonstrationen, darunter eine, bei der es im Schanzenviertel zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam, und ein nicht bewiesener Angriff auf die Davidwache. Polizei und Verfassungsschutz sprachen sogar von St. Pauli-Hooligans als Täter bzw. Mittäter. Doch nach und nach wurden immer mehr Vorwürfe zurückgenommen. Eigentlich wissen weder die Polizei noch das Amt für Verfassungsschutz, was vor der Wache geschah und wer angegriffen haben soll. Auch ein Teil der Pressemedien trug anfangs zu einer hitzigen Atmosphäre bei, statt journalistisch korrekt zu recherchieren und mäßigend einzuwirken.

DIE LINKE lehnt jede Form von Gewalt ab, ob aus der Demonstration heraus oder von der Polizei. Doch wenden wir uns entschieden gegen die Einrichtung von Gefahrengebieten, in denen grundlegende demokratische Rechte des Einzelnen außer Kraft gesetzt werden. Nicht einmal die Bürgerschaft wurde an der Entscheidung beteiligt, ein Gefahrengebiet zu schaffen. Damit wurde in vielerlei Hinsicht Schaden angerichtet. Bundesweit und international wurde darüber gespottet und in Hamburg entwickelte sich eine Klobürste zu einem viel beachteten satirischen Widerstandssymbol.

ARMUT UND RISE

Nach wie vor ist die Armut in Hamburg bedrückend. Jedes vierte Kind und jede vierte Familie leben in Armut. Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, viel zu hohe Mieten, die soziale Benachteiligung von allein Erziehenden, die nach

wie vor in der Bildung wirksame Abhängigkeit von sozialer Herkunft mit der Ausstattung von Schulen und dem Bildungsabschluss, das Parken von ausbildungswilligen SchulabgängerInnen in Warteschleifen und vieles mehr sind Gründe dafür.

Das Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung (RISE) sollte in den Bezirken dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Menschen in ihren Stadtteilen zu verbessern. StadtteilbewohnerInnen, Vereine, Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen und Wirtschaftsunternehmen sollten an der Verwiklichung des Programms beteiligt werden, das schon unter dem Vorgängersenat beschlossen worden war und leider von Beginn an unterfinanziert war. Nun kürzte der SPD-Senat diese Mittel noch einmal. Die sozialen Träger in diesem Programm geraten in eine finanzielle Notlage, können kaum mehr weitermachen.

DIE LINKE fordert einen bedarfsdeckenden Ausbau von RISE, vor allem in Stadtteilen mit hoher Armut. Die bezirklichen Beratungsstellen müssen deshalb vor Ort personell verstärkt werden.

DIE RECHTE DER BEZIRKE STÄRKEN

Die Bezirkspolitik unterliegt in Hamburg zahlreichen Beschränkungen. Anderswo wären Hamburger Bezirke wie Altona oder Wandsbek Großstädte. Doch sie haben weniger Rechte als eine kleine Gemeinde wie Glinde. Der Senat regiert in alle Bereiche hinein, entzieht dem Bezirk gegebenenfalls die Entscheidungsbefugnis wie bei der Gestaltung der „Neue Mitte Altona“ und evoziert so manchen Bürgerentscheid, wenn dieser nicht so ausging wie vom Senat gewünscht (Entscheide wie „Apfelbaum braucht Wurzelraum“, „Für den Erhalt des Bismarckbades“ und andere). Sie werden seit Jahren in ureigenen kommunalen Fragen wie dem Erhalt und Ausbau von soziokulturellen Einrichtungen, den Schwimmbädern, den Museen, den Stadtteil- und Begegnungszentren, den Sportstätten, den Kleingärten, Parks und den Jugendeinrichtungen ausgehebelt.

Der Haushalt wird in der Bürgerschaft von der Mehrheitspartei beschlossen und den Bezirken kommt das zweifelhafte Vergnügen zu, mit den zugewiesenen Mitteln irgendwie auszukommen. Spielraum gibt es nicht und einen Einfluss auf die Höhe der Haushaltsmittel hat ein Bezirk so gut wie gar nicht. Oft bleibt den Bezirken nichts anderes als zu kürzen. Personalentlassungen, Einrichtungsschließungen und die Senkung von kommunalen wie sozialen Dienstleistungen sind die Folge.

DIE LINKE fordert ein bezirkliches Haushalts- und Budgetrecht und eine auskömmlicche finanzielle Ausstattung mit einem verbindlichen Verfügungsrecht über Steuereinnahmen. Wir treten für eine kommunale Selbstbestimmung der Bezirke ein. Bürgerentscheide müssen verbindlich sein. Beteiligungsverfahren müssen demokratisiert werden. Alle in Hamburg lebenden Menschen müssen das kommunale Wahlrecht erhalten.

Deshalb bitten wir Sie und Euch, an der Bezirksversammlungswahl teilzunehmen. Wir laden Euch und Sie ein, sich mit unseren Haltungen und Positionen auseinanderzusetzen. Eine alle Menschen beteiligende, soziale und solidarische Politik wird es im Bezirk nur mit uns geben.

DIE LINKE HAT GEWÄHLT

Der Bezirksverband *DIE LINKE ALTONA* wird mit einer Mischung aus erfahrenen und neuen Kandidatinnen und Kandidaten zur Bezirksversammlungswahl am 25. Mai 2014 antreten.

Neben den bisher der Fraktion angehörenden Mitgliedern Robert Jarowoy (Fraktionsvorsitzender und auf Listenplatz 1 gewählt), Aysel Özkan (Listenplatz 6), Horst Schneider (Listenplatz 7), Karsten Strasser (Listenplatz 5) und Wolfgang Ziegert (Listenplatz 3) wurden auch Inge Hannemann (Listenplatz 2), Blanca Merz (Listenplatz 4), Hasan Burgucuoglu (Listenplatz 8) sowie mit Klaus-Peter Berndt, Hamide Scheer, Niclas Krukenberg, Heike Schoon und Markus Schneider-Johnen fünf weitere Kandidaten/-innen in die Bezirksliste gewählt.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Linken, von denen nicht alle unserer Partei als Mitglieder angehören, die aber vielfach mit uns zusammengearbeitet haben, die unsere Positionen und Haltungen teilen und gemeinsam mit uns für eine solidarische und soziale Politik einstehen, sind in verschiedenen Bündnissen, Initiativen und Arbeitsgruppen in unterschiedlichen Bereichen aktiv tätig.

Agenda 2020 – oder Kaiser Wilhelm lässt grüßen

Eine Bund-Länder-Kommission hat Vorschläge zu Hartz IV erarbeitet

Neben wenigen für die Betroffenen positiven Vorschlägen handelt es sich dabei überwiegend um Verschärfungen. Vor allem der Möglichkeiten für die Jobcenter, gegen die Betroffenen willkürlich vorgehen zu können.

• Vermutungen sollen jetzt Gesetzesrang erhalten, z.B. die Vermutung, dass Wohngemeinschaften grundsätzlich füreinander einstehen. Alle Gerichtsbeschlüsse zu diesem unendlichen Thema wären dann hinfällig. Die Beweislast liegt beim Bürger, mit Rechtsstaatlichkeit hat das nichts zu tun.

• „Sippenhaft“ wird gefordert – dass z.B. Sanktionen nicht nur gegen eine Person, sondern gegen die ganze Bedarfsgemeinschaft verhängt werden können.

• Das Grundrecht auf Gewerbefreiheit soll für Hartz IV-Empfänger eingeschränkt werden. Lernförderung soll aus dem Bildungspaket gestrichen werden. Schon jetzt ein ewiges Thema für Sozialgerichte. Die Schulen sollen es richten – was, wie wir wissen, nicht funktioniert. Selbst ein toter Hartz IV-Empfänger gilt noch als Sozialbetrüger und deshalb müssen Überzahlungen, die von den Erben zurückgefordert werden, besser geregelt werden. Also sterben bitte erst nach Antragstellung mit Terminwahrung. Es geht wohl um irrsinnige Summen.

• Die Frequenz des Datenabgleichs (Konten, Kfz-Meldestellen etc.) soll auf monatlich erhöht und erweitert werden auf E-Commerce (Ebay-Verkäufe) und Grundbuchämter. Auch der letzte Euro muss aufgespürt werden – und wenn dazu ein milliardenteurer Apparat notwendig ist. Die Staaträson muss durchgesetzt werden – koste es, was es wolle. Um Steuerhinterziehung von Konzernen und den Reichen aufzudecken, können wir uns jedoch kein Personal für die Finanzämter leisten.

• Abkehr vom Amtsermittlungsgrundsatz bei gleichzeitiger Verpflichtung, Nachweise geordnet vorzulegen. Behörden und Gerichte helfen nicht mehr, um zu einer richtigen Entscheidung zu kommen. Ohne Anwalt geht dann nichts mehr.

• Einführung eines kostenlosen Schiedsverfahren mit Anwesenheitspflicht für den Kläger. Also ein Zwangsschiedsverfahren – das klingt nach Feudalstaat.

• Einführung einer Gebühr von zwanzig Euro für Klage-und Widerspruchsverfahren. Weitere Einschränkungen von Überprüfungsanträgen, um Behördenfehler aufzudecken bzw. zu korrigieren. Ein großer Teil der Bewilligungsbescheide ist fehlerhaft.

Hartz IV ist ein perfides, subtiles Unrechtssystem, um Überflüssige in Schach zu halten und in Niedriglohn zu pressen.
Es ist in weiten Teilen mit unserem Rechtsstaat unvereinbar und damit eine Gefahr für die Demokratie.

U5

Viele Millionen wurden und werden für die U4 Hafencity U-Bahn ausgegeben. Da, wo wirklich viele Menschen wohnen und arbeiten, passiert seit Jahrzehnten nichts.

Eine U-Bahn von Eidelstedt nach Teufelsbrück hätte nicht nur für die Luruper/Osdorfer Bewohner Vorteile – auch das EEZ, Airbus-Mitarbeiter und Freizeitsuchende hätten bessere Möglich-keiten.

Perspektivisch wäre eine Verlängerung der U-Bahn unter der Elbe hindurch bis Finkenwerder (Airbus) und der S-Bahnlinie Stade denkbar.

Bilderrätsel:

Wisst ihr, wo es ist?

Auflösung in der nächsten ALiNa

Altona im Winter 2013/14

Nun kostet die Neugestaltung des Fußgängertunnels unter der Max-Brauer-Allee hin zur Neuen Großen Bergstraße also plötzlich doppelt soviel wie geplant, nämlich zwei statt einer Million. Grund seien einerseits die gestiegenen Baukosten aufgrund der Hochkonjunktur im Baugewerbe, andererseits das Versprechen des Bezirks gegenüber IKEA, den Tunnel in neuem Glanz rechtzeitig zur Eröffnung des Möbelhauses fertigzustellen. In der Unterwürfigkeit gegenüber den Interessen des schwedischen Konzerns hat man offensichtlich vergessen, die Kosten durchzurechnen und Verträge mit der Baufirma zu schließen, die eine Verdoppelung der Umbaukosten nicht möglich werden ließen. Bemerkenswert hierbei ist der Umstand, dass der Tunnel nicht etwa vergrößert, verbreitert, vertieft oder barrierefrei hinsichtlich des deutlich überschrittenen zulässigen Gefälles für Rollstuhlfahrer gestaltet, sondern ausschließlich aufgehübscht wird, damit die IKEA-Kunden, die vom Altonaer Bahnhof kommen, ein Wohlfühlempfinden entwickeln können, um davon beflügelt ordentlich einzukaufen.

Baustelle Max-Brauer-Tunnel

Nun ist dieses Vergessen von vertraglichen Regelungen gegenüber Baufirmen und Investoren,die man getrost auch Renditehaie nennen kann, nicht neu. Als der Bebauungsplan für die sog. Bergspitze, also das spitz zulaufende Dreieck zwischen Max-Brauer-Allee, Neuer Großer Bergstraße und Großer Bergstraße, auf Betreiben des damaligen Bezirksamtsleiters Warmke-Rose in einem rechtlich höchst fragwürdigen Verfahren in einer Nacht-und-Nebel-Aktion geändert und auf die Bedürfnisse des Investors zugeschnitten wurde – alles vor dem Hintergrund, IKEA die gegenüberliegenden „Pissecken“ aus dem Weg und der Sicht zu räumen – hat man „vergessen“, einen städtebaulichen Vertrag mit dem Inhalt der Verpflichtung wenigstens eines Drittels sozialen Wohnungsbaus abzuschließen. Was für ein Pech auch. Komischerweise hat der Senat das nicht evoziert, obwohl es doch Olaf Scholz‘ Vertrag für Hamburg mit dem Drittelmix im Wohnungsbau zuwider läuft.

Dafür hat man die Bürger hinsichtlich der Gestaltung des Goetheplatzes befragt und ihnen eine Mitsprache eingeräumt. Leider, wovon sich jede/r in eigenem Augenschein überzeugen kann, gibt es aber keinen Goetheplatz mehr, sondern nur noch eine zugige Fußgängepassage, zumal, wenn das Bauvorhaben an der Bergspitze umgesetzt sein wird, wofür die Bodenkommission, also die Senats-Abteilung für die im Wortsinne faktische Veruntreuung öffentlichen Eigentums, eine nicht unerhebliche Fläche der Fußgängerzone an den Investor Bruhn verkauft hat, dem noch einige weitere Immobilien an der südlichen Seite der Neuen Großen Bergstraße und an der nördlichen Seite der Großen Bergstraße im Bereich der Eisdielen gegenüber der IKEA-Baustelle gehören. Ihm, der selber in den USA lebt und von dort aus agiert, gehört auch das nun schon fast vollständig entmietete Areal an der Ecke Holstenstraße/Max-Brauer-Allee, wo jahrzehntelang ein Motorrollerladen mit italienischen Modellen ansässig war, allerdings auch weit über hundert günstige Wohneinheiten, die allenfalls im Hochpreisbereich oder als Eigentumswohnungen nach der Neubebauung wieder angeboten werden dürften.

Aber genug von all diesen ekligen Spekulations- und Profitinteressen und den sie begleitenden Unterwerfungsgesten der Politik und Verwaltung.

Zwei ineinander übergehende Themen haben uns im vergangenen Jahr in Altona in besonderem Maße beschäftigt: Flüchtlinge und Obdachlosigkeit.

Beginnen wir mit den Flüchtlingen.

Der sog. HSV-Parkplatz Braun an der Schnackenburgallee hat an seinem südlichen Zipfel ein Areal, das seit ca. 15 Jahren der Roma- und Cinti-Union RCU als Durchreiseplatz für ihre ethnischen Landsleute zur Verfügung gestellt bzw. vermietet wurde. Dort wurde ein Sanitär- und Gemeinschaftshaus errichtet, um Familien- bzw. Sippentreffen und -feste zu ermöglichen. Der Platz wurde der RCU unterstellt, allerdings mit lediglich drei halben Stellen für die platzwärterische Betreuung ausgestattet.

Im Dezember 2012 kam nun der Innensenator Neumann in den Hauptausschuss des Bezirks Altona und sagte, dass man plötzlich so viele Flüchtlinge in der dreimonatigen Erstaufnahme unterbringen müsse, dass man nicht mehr wisse, wo das geschehen könne, und da sei doch der im Winter von den Roma und Cinti eh nicht genutzte Parkplatz Braun ideal. Es handele sich ohnehin nur um eine vorübergehende Maßnahme und auch nur um 150 Flüchtlinge. Wenig später erschien der Sozialsenator Scheele im Hauptausschuss und sagte, dass die nach der dreimonatigen Erstaufnahme durch die Innenbehörde in seine Obliegenheit fallende Folgeunterbringung von Flüchtlingen nun auch nicht mehr geschultert werden könne, weswegen sich der Parkplatz Braun als hamburgweit einzige Unterbringungsmöglichkeit anböte. Aus unterschiedlichen Gründen wenig begeistert beschlossen alle in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien diesem Ansinnen befristet zuzustimmen. Hauptkritikpunkt der Linken, der CDU und der Grünen war, dass man keine Flüchtlings-Großlager in einer abgelegenen Gegend zwischen Autobahn und Müllverbrennungsanlage auf einem HSV-Parkplatz wolle. Tatsächlich rief dann mitten in der Frostperiode im Februar 2013 der Bezirksamtsleiter die Fraktionen an mit der Bitte, nun doch auch noch Obdachlose dort in den Containerburgen einzuquartieren, da das Winternothilfeprogramm in der Spaldingstraße regelrecht überquelle. Aufgrund der Notlage wurde auch diese bittere Pille einstimmig geschluckt. Dann erfolgten mehrmals wiederholte Appelle der Innenbehörde, vertreten durch SPD-Staatsrat Schiek und die grüne Leiterin der Ausländerbehörde Westfahlen, doch bitte weitere Erstaufnahmeflüchtlinge dort unterzubringen. Die Aufstockung beträgt inzwischen 600 Personen mit der Option auf 800.

HSV-Parkplatz Braun an der Schnackenburgsallee

Zwischenzeitlich hatten irische Wanderarbeiter, die aufgrund der Not in ihrer Heimat mitsamt ihren Familien europaweit von Baustelle zu Baustelle geistern, das Gelände als kostenlosen Camping- und Bauschuttentsorgungsplatz entdeckt und dort Quartier genommen. Von Seiten der Innenbehörde wurde in Bezug auf dieses Problem der RCU vorgeworfen, sie habe nicht ordentlich kontrolliert, worauf der Vorsitzende der RCU empört erklärte, er würde nicht kontrollieren, ob jemand ein echter oder falscher Zigeuner sei, noch dazu mit drei Halbtagsstellen und einer kaputten Schranke, die an sieben Tagen jeweils 24 Stunden betreut werden müsste.

Nun haben sich in wechselnder Besetzung im Laufe des Jahres ständig mehrere hundert Menschen auf diesem Platz aufgehalten. Bei den Flüchtlingen handelt es sich in erster Linie um Muslime aus den kaukasischen Teilrepubli-

ken, um Afghanen, um Syrer, aber auch um Roma aus Südosteuropa. Nun sind deren Lebensgewohnheiten und die der irischen Wanderarbeiter, deren Frauen im Sommer dort im Bikini herumliefen, extrem unterschiedlich, auch was Alkoholkonsum anlangt usw.. Gleichwohl die Container denen der Bundeswehr im Kundus entsprechen, ist die Unterbringung in so einem zusammengepferchten Großlager nicht hinnehmbar. Hier wird die Würde der verschiedenen Ethnien und den damit verbundenen Kulturen ignoriert. Außerdem ist die Abschottung von der Wohnbevölkerung in den Stadtteilen aus der Sicht eines gesellschaftlichen Integrationskonzeptes abzulehnen, ganz zu schweigen von dem Gefährdungspotential.

Gleichwohl die Zahl der Asylbewerber in den 90er Jahren vor dem sog. Asylkomromiss zwischen CDU und SPD, der faktisch die Abschaffung des Asylrechts in Deutschland bedeutete, erheblich höher war als heute, stellt der SPD-Senat die Situation nun so dar, als sei man völlig überraschend von der Zahl der Asylbewerber regelrecht überrollt worden und wisse nicht mehr ein noch aus, so dass nur noch Notlösungen in Betracht kämen, und dies vor allem in Altona, wo die Tradition doch so offen sei. Das ist zwar richtig, aber perfide, wenn es erpresserisch daran geknüpft wird, menschenunwürdige Unterbringungsmöglichkeiten zu genehmigen, wie es durch den Senat seit einem Jahr fortwährend geschieht.

Und damit sind wir bei der anderen Flüchgtlingsgruppe in Altona, den Lampedusa-Leuten. Diese ca. 300 Schwarzafrikaner waren bekanntlich als Gastarbeiter zu Ghaddafis Zeiten in Libyen beschäftigt, hatten dort nach eigener Aussage ein ruhiges Leben und konnten ihre Familien in ihren weiter südlich gelegenen Heimatländern finanziell unterstützen. Als die islamistischen Milizen mit Unterstützung des massiven NATO-Bombardements (10.000 Einsätze) nach und nach die Oberhand gewannen und regelrechte Treibjagden auf Schwarze veranstalteten, die pauschal als Söldner Ghaddafis bezeichnet wurden, flohen sie über das Mittelmeer nach Lampedusa, sofern sie nicht ertranken. In Italien wurden sie registriert und zwei Jahre lang in Flüchtlingsunterkünften untergebracht. Im Zuge des tendenziellen Zusammenbruchs der italienischen Wirtschaft versuchte man, sich der afrikanischen Flüchtlinge zu entledigen, indem man sie - ausgestattet mit italienischen Duldungspapieren, Touristenvisa und Bahnfahrkarten - nach Deutschland schickte, wo sie als geschlossene Gruppe von ca. 300 Personen in Hamburg landeten.

St. Pauli Kirche mit Containern zur Flüchtlingsunterbringung

Nun gibt es aber das sog. Dublin-II-Abkommen, das besagt, dass Flüchtlinge nur in dem EU-Land, dessen Boden sie zuerst betreten, Asyl beantragen dürfen. Dass diese Regelung von einem Land, das keine flüchtlingsverdächtigen Außengrenzen aufweist, durchgesetzt wurde, versteht sich von selbst. Die Situation für die 300 Lampedusa-Flüchtlinge wäre also dergestalt gewesen, dass sie sich bei der Ausländerbehörde melden und nach Überprüfung ihrer Erstaufnahme in Italien ohne weitere Überprüfung ihrer Fluchtgründe dorthin abgeschoben würden, wo sie für sich keinerlei Lebensperspektive sahen. Aus diesem Grunde haben sie ihre Identität nicht genannt, sondern mit Hilfe einer Unterstützergruppe Kirchenasyl in der St.-Pauli-Kirche genommen, die übrigens zum Bezirk Altona gehört. Die beiden dortigen Pastoren haben ihnen dieses Asyl gewährt und sich mit einer gewaltigen Unterstützung von Seiten der Bevölkerung für ihren Aufenthalt in Altona bzw. Hamburg eingesetzt.

Mit Herannahen des Winters und der immer schwieriger werdenden Situation des ‚Feldlagers' in der Kirche mobilisierte die Kirche bzw. deren Gemeindevorstände über allerlei humanitäre Einrichtungen Gelder, um insgesamt 35 Wohncontainer an drei Standorten in Altona aufzustellen (St.Pauli-Kirche, Christianskirche in Ottensen, Martin-Luther-Kirche in Sülldorf).

In dem Moment trat der Hamburger SPD-Innensenator in der ARD (Beckmann) mit der Aussage auf, dass in Hamburg nur einer zu sagen habe, und das sei Olaf Scholz, der keine Kirchen-Container akzeptieren würde, da die Flüchtlingsunterbringung staatlich-rechtsstaatlich und fair geregelt sei. Leider verbunden mit der sofortigen Abschiebung siehe oben. Daraufhin verfügte der SPD-Staatsrat Michael Sachs, bekannt seit 20 Jahren als Ottenser Bohème und ehemaliger SAGA-Chef, eine Dienstanweisung an die gerade neu angetretene Altonaer Bezirksamtsleiterin Frau Dr. Melzer, in der er sie verpflichtete, dafür zu sorgen, dass für die Aufstellung der Kirchen-Container nur dann eine Baugenehmigung erteilt werden dürfte, wenn die künftigen Bewohner sich ordnungsgemäß gemeldet hätten.

Nun gibt es weder im Baugesetz noch in der Hamburger Bauordnung irgendeinen Paragraphen, der die Verknüpfung einer Baugenehmigung mit deren privatrechtlicher Nutzung zulässt. Zumindest nicht, was die Frage der Meldung bei der Ausländerbehörde anlangt. Diese durch ein Gutachten der Hamburger Verfassungsrichterin Ganten-Lange bestätigte Rechtsauffassung hat zwar dazu geführt, dass der Bezirk die Auflage der Meldeverpflichtung der Container-Bewohner nicht mehr an die Baugenehmigung für die Container knüpfte, aber als Hinweis bzw. Anlage der Baugenehmigung beifügte.

Zur selben Zeit verkündete die Bischöfin Fehrs, dass sie das Angebot des Senats der rechtsstaatlichen und fairen Überprüfung der Einzelfälle der Lampedusa-Flüchtlinge begrüßen würde. Nun werden zwar Container aufgestellt, wer sie aber unter welchen Bedingungen beziehen darf, und was daraus wird, ist unklar.

Abschließend noch zu den ‚Stresemannstraßen-Punks'. Das Gelände an der Stresemannstraße/Kieler Straße hin zum Kaltenkirchener Platz gehörte bis vor zehn Jahren der BMW-Niederlassung. Aufgekauft wurde es von den Osmani-Brüdern, einem aus Albanien stammenden Clan, der in Hamburg, vor allem in Bereichen des Rotlicht-Milieus, bis vor wenigen Jahren in Immobiliengeschäften äußerst aktiv war. Durch die zeitweise Inhaftierung des Clan-Chefs gerieten diese Aktivitäten ins Stocken. Das ehemalige BMW-Gelände wurde an eine Hanseatic GmbH verkauft, die behördenintern als Tarnfirma des Osmani-Clans angesehen wurde, weswegen man sich mit Bau- und anderen Genehmigungen schwer tat. Dies hatte einen weiteren Leerstand des Geländes zur Folge, das sich mittlerweile in eine Art Biotop mit Birken, Weiden und allerlei anderen Pflanzen entwickelt hatte.

Im Frühjahr 2013 begann eine Besiedlung des Geländes durch junge Obdachlose, die gemeinhin als Punks bezeichnet wurden. Es entstanden Hütten und Bauwagen von unterschiedlicher architektonischer Qualität. Im Sommer 2013 stellte die Hanseatic GmbH Strafanzeige und wollte das Gelände räumen lassen. Durch das allerdings nur kurzfristige Engagement der linken und der grünen Bürgerschaftsabgeordneten Christiane Schneider und Antje Möller wurde die Räumung zunächst verhindert. Als die Altonaer Linke dann einen runden Tisch zwischen den BewohnerInnen, der Verwaltung und der Politik einforderte, beteiligten sich daran von Seiten der Politik nur die Linke und die FDP, woraufhin sich die zunächst sehr engagierte und problemlösungsorientierte Verwaltung wieder zurückzog. Daraufhin setzte die Linke das Thema Ende September auf die Tagesordnung und empfahl den ‚Punks', ihre Interessenlage durch persönliche Anwesenheit zum Ausdruck zu bringen. Obwohl die Bezirksversammlung wegen der Bundestagswahl und der Nutzung des Kollegiensaals als Rechenzentrum, nach Lurup in das Goethe-Gymnasium ausweichen musste, erschienen ca. 60 ‚Punks' als Zuschauer. Nach sehr zynisch-pseudo-fürsorglichen Redebeiträgen vor allem von Seiten der SPD, aber auch CDU, FDP und Grünen, kam es zu verbalen Empörungsreaktionen, die in der Presse als „Stürmung der Bezirksversammlung durch 60 Punks" bewertet wurden. Im Sprachgebrauch einiger SPD- und grünen Abgeordneter wurde in einer Pause geäußert, dass die Linke das Lumpenproletariat mobilisiert habe, um die Demokratie zu stürzen.

Siedlung der „Stresemannstraßen-Punks"

Gleichwohl diese Veranstaltung mit hanebüchenen Unterstellungen und Anfeindungen und dem gemeinsamen Verlassen der Bezirksversammlung durch die Linken- und CDU-Abgeordneten endete, wurde im Anschluss der zuvor für nicht beachtenswert gehaltene runde Tisch nunmehr von allen Parteien und der ohnehin engagierten Verwaltung wiederbelebt.

In der Folge entstand das Angebot einer Ausweich-Unterbringung der jungen Leute in dem ehemaligen Clubhaus des Polizei-Schießvereins neben dem Altonaer Volkspark. Allerdings zu sehr merkwürdigen Konditionen. Während Obdachlose im Rahmen des Winternothilfeprogramms des Senats kostenlos - z.B. in der Spaldingstraße - versorgt werden, gibt es Miet- bzw. Pachtverträge mit den bestehenden Bauwagenplätzen wie Gaußstr., Rondenbarg oder Zomia, wo die BewohnerInnen ca. 100 bis 130 Euro monatlich selber aufbringen müssen, dafür dann aber auch eine Bauwagen-kompatible Fläche zur Verfügung gestellt bekommen. Den Stresemannstraßen-Punks wird auf diesem ehemaligen Schießplatz eine gerade mal drei Quadratmeter große Fläche pro Person angeboten, zwar beheizt und mit Toiletten und Duschen, aber zusammen mit ihren Hunden eigentlich nicht nutzbar, zumal man einen engen Zaun um das Gelände gezogen hat, weil das weitere Gelände womöglich kontaminiert sei. Welche Fürsorge!

Wie das weitergehen wird, weiß ich, wie so vieles, auch nicht.

Robert Jarowoy

Bericht von der Bundesfrauenkonferenz

Am **02. November 2013** fand nach der Begrüßung durch Katja Kipping zunächst ein Worldcafe mit anschließenden Arbeitsgruppen am Nachmittag statt.

Ich beteiligte mich zunächst an der Gruppe **Aufruf zum Frauen*Kampftag 2014 – Heraus zum 8. März!** Hier stellten zwei junge Frauen von solid.linksjugend diese Initiative vor. Es soll ein breites, plurales, handlungsfähiges, kampfbereites Bündnis geben mit dem Ziel, eine große bundesweite Demo in Berlin zu organisieren. Schwerpunkte und Motto sollen sein: Die **feministische ökonomische Perspektive** (inklusive Sorgearbeit, Carearbeit, bez./unbezahlte Arbeit) Die Internationalen Themen u.a. Arbeitsmigration; Sexismus, sexualisierte Gewalt; aktuelle Tarifauseinandersetzungen im Einzelhandel und im Krankenhaus, hier bes. in der Charite; Europawahlen/Jugendarbeitslosigkeit, Spaltungs- und Konfliktlinien aufbrechen. Ich folge der Einladung in Berlin im Auftrag der LAG.LISA Hamburg und den BAG – LISA - Sprecherinnen am 14.12. und werde euch darüber berichten.

Danach war ich in der Gruppe **Awareness (Achtsamkeit/Bewusstheit).** Hier berichteten junge Frauen von sexualisierten Grenzüberschreitungen. (innerhalb und außerhalb unserer Partei) Hier informierten solid-Frauen von ihrem Konzept. Zunächst entscheiden die Betroffenen selber, wenn Grenzüberschreitungen stattfinden und/oder als solches wahrgenommen wird. Der Täter wir konfrontiert und „muss“ zuhören ggf. kann es auch im Plenum thematisiert werden. Ziel: Täter sollen reflektieren und potentielle Opfer sollen sich sicherer fühlen. Diese Struktur gibt es seit 6 Monaten, seit dem Bundeskongress von linksjugend.solid. Für alle Frauen/Lesben/Trans/* gibt es Schutz- und Schlafräume, auf jeder Veranstaltung wird es zur Verfügung gestellt. Diskutiert wurde auch ein zu offener Umgang mit Sexualität – es wollen nicht alle wissen, wer mit wem schläft.

Die nächste Gruppe befasste sich mit **NETIQUETTE** (www.maedchenmannschaft.de) Hier wurde diskutiert in welchem Rahmen Diskussionen stattfinden um dann ein Regelwerk aufzustellen, wie frau miteinander diskutieren möchte. Es ist zu prüfen, ob dies dann auch etwas bringt. In der o. g. Mädchenmannschaft gibt es im Kern 8 Autorinnen, welche ca. 1-3 mal am Tag selber Artikel schreiben zu Feminismus, Verschränkung von Rassismus und „all gender“, die sich z. B. in Bundestagsdebatten einmischen. Alle Artikel sind zum kommentieren frei.

Am Nachmittag besuchte ich die AG zu **Körperkulte**. Hier fanden sehr interessante, lebhafte Diskussionen statt. Körperkulte als Ausdruck einer kapitalistischen, rassistischen, sexistischen und kapitalistischen Gesellschaftsform mit dem (einzigen?) Ziel zu funktionieren. Wo gegen Disziplinierungen nicht mehr rebelliert wird. Und wo eine enorme Selbstdisziplinierung (durch Blicke) stattfindet.

Am **03. November 2013** hatten die Europaparlamentarierinnen eingeladen. Nach der Begrüßung durch Gabi Zimmer entschied ich mich für den Workshop zu Frauengesundheit mit Alda Sousa aus Portugal und Yvette Kelly aus Irland, dieser Workshop wurde von Sabine Lösing moderiert.

Alda Sousa stellte eine Übersicht zu der Entwicklung von Abbrüchen in Portugal vor:

1886 wurden Abbrüche ins Strafgesetzbuch aufgenommen und Frauen bekamen eine Strafe von 2–8 Jahren und dies galt bis 1984

1967 Vereinigung für Familienplanung

1974 Ende der Diktatur in Portugal

1976 Universeller Nationaler Gesundheitsdienst

1979 entwickelte sich aufgrund von zwei Gerichtsverfahren, gegenüber von Frauen wegen Abbruch, eine starke Mobilisierung

1982 wird der Vorschlag der Kommunistischen Partei **„Wir wollen Verhütung, so dass wir keinen Abbruch brauchen! Wir wollen Legalisierung, um nicht zu sterben“** im Parlament abgelehnt

1984 wird das Gesetz der sozialistischen Partei angenommen in drei Fällen: Bei Vergewaltigung, wenn die Gesundheit der Frau gefährdet ist und wenn die Gesundheit beim Fötus gefährdet ist. Abbruch bleibt illegal, die Strafe reduziert sich aus drei Jahre. ABER zwei große Parteien erzwingen ein Referendum (das erste überhaupt!) mit dem Resultat Frauen dürfen bis zur 10. Schwangerschaftswoche einen Abbruch vornehmen lassen. Die Linken waren nicht gut vorbereitet, die Kampagnen der Katholiken und der rechtsgerichtet seien fast schon faschistoid zu benennen. Aus dem Widerstand heraus kam ein linker Block.

1999 „Die LINKE ist nichts wert, wenn wir keine Einigung für Frauenrechte erzielen“

2007 gelang ein erneutes Referendum unter dem Motto: **„Glaubst Du, dass Du diese Frauen ins Gefängnis schicken kannst? Glaubst Du, dass Du das Recht hast, diese Frauen zu verurteilen?“ Seitdem können die Frauen in jeder Klinik einen Abbruch vornehmen lassen.** Die Anzahl der Abbrüche sind gesunken. Und Portugal sei im 21. Jahrhundert angekommen.

Alda teilt mit, dass es zu großen Kürzungen gekommen ist, mit enormen Auswirkungen auf die Unterversorgung von Gesundheit. Sir fordert, das Recht auf Verhütungsmittel und weist darauf hin, dass im Notfall die Frauen doch bezahlen müssen, auch für die legalen Abbrüche. Sparpolitik eindämmen! Diese bringt Menschen um und führt zu Suiziden und extremer Armut, wo Menschen keinen Zugang zu Wasser und Energien haben. Hier zeigt sich die Gewalt der Sparpolitik der Troika! Darum: **Schuldenschnitt machen**, die Zinsen die Portugal bezahlt entspricht dem Haushalt für das Gesundheitssystem. Diese Schulden werden an die Banken in Deutschland, Frankreich und England bezahlt und nur diese profitieren davon.

Yvette Kelly teilte uns mit, dass homosexuelle Paare kein Recht auf Elternschaft haben. Sie fordert eine Konzentration auf die Gesundheit von Frauen ein. Und eine Verteidigung der Gesundheit von Frauen. Die Kirche möge sich aus den Schulen und aus dem Gesundheitswesen herausschälen. Frauengesundheit ist ein Klassenthema und eng mit Kapitalismus verknüpft und diese Strukturen müssen verändert werden.

Später im Auditorium wurden die Arbeitsgruppen vorgestellt und eine **Internationale Frauenkonferenz gegen Austeritätspolitik** gefordert. Die Kämpfe von Frauenseite unterstützen. Diverse Anträge wurden noch verabschiedet, die könnt ihr auf der Homepage einsehen.

Inge Hannemann

Landstrom-Debatte

Bürgerschaftsrede von Norbert Hackbusch am 13. November 2013

Die Linksfraktion unterstützt den Antrag des Senats. Die Schiffsemissionen sind eine gorße Herausforderung für die Stadt. Die Landstrom-Anlage in Altona und die LNG–Anlage in der Hafencity sind wichtige Ansätze, einen Schritt voran zu kommen. Und wir unterstützen ebenso den Ansatz, zwei unterschiedliche Ansätze auszuprobieren, um Erfahrungen auf diesem Gebiet zu sammeln.

Die Regierungsfraktion und die ehemaligen Regierungsfraktionen haben jetzt lang genug darauf hingewiesen, dass das Glas schon ein wenig gefüllt ist. Aufgabe der Opposition ist es darauf hinzuweisen, dass es erst ein wenig gefüllt ist und zumindest in diesem Punkt noch großer Handlungsbedarf existiert.

Passagierschiff in Altona Foto: Reinhard Schuldt/Flickr.com

Die Hauptgefahr bei den Terminals liegt im Bereich der Stickoxyde. Dort sind und drohen die Grenzwerte überschritten zu werden. Und die Prognosen sehen zwar Reduktionen vor, aber diese sind doch recht gering und betreffen nur die unmittelbare Umgebung. Die Erklärung dafür liegt darin, dass „die fortlaufende Verbrennung des herkömmlichen Treibstoffs auf den Schiffen nicht völlig verhindert werden könne, denn es würde weiterhin Wärme auf den Schiffen benötigt. Es wäre unsinnig, die Wärme an Bord mit Strom zu erzeugen. Der Hilfskessel laufe daher weiter, sogar stärker als zuvor ...“

Sprich das ganze ist erst ein kleiner Anfang. Und bedeutend bleibe die Auseinandersetzung um den Einsatz von vernünftigen Kraftstoff – ein Weg den die europäischen Staaten ja mittlerweile eingegangen sind und weitere Schritte in den nächsten Jahren folgen sollen.

Ein zweiter Bereich ist die Freiwilligkeit der Nutzung dieser Anlagen. Der Senat hat Freiwilligkeit geplant, aber geht in den Berechnungen davon aus, dass es alle nutzen werden. Dieser Optimismus in Ehren wird aber kritisch zu überprüfen sein.

Denn der dritte Bereich ist die notwendige Refinanzierung dieser Anlagen. Selbstverständlich müssen diese Anlagen jetzt erst einmal von der Stadt vorfinanziert werden. Aber angesichts knapper Kassen müssen diese Anlagen wie auch die Terminals selber durch die Nutzung refinanziert werden. Das ist selbstverständlich im Bereich des Flughafen und muss selbstverständlich werden im Bereich der Kreuzfahrtterminals.

Die Linksfraktion fordert hier eine passenger fee, um auch solche Investitionen abschreiben zu können. Der Senat sagt auch in dieser Debatte sie seien mit diesem Ziel zwar einverstanden, aber konkrete Schritte und Zeitleisten hätten sie noch nicht. Auch hier ist noch einiges zu tun.

Sie merken:

An einem vollen Glas fehlt noch einiges!!!

Deutsche Chemie für syrisches Giftgas?

Deutsche Unternehmen haben mit Genehmigung der jeweils amtierenden Bundesregierungen seit 1998 rund 355 Tonnen Chemikalien sowie Spezialventile an das syrische Regime geliefert, die zur Herstellung von Chemiewaffen benutzt werden können. Das musste das Wirtschaftsministerium auf Anfragen der Fraktion DIE LINKE in den vergangenen Wochen zugeben. Die Chemikalien, unter anderem Fluorwasserstoff und Natriumfluorid, werden benötigt, um das Nervengas Sarin zu produzieren. Die außerdem gelieferten Spezialventile sind so beschichtet, dass sie auch bei der Produktion von aggressiven Chemikalien und Chemiewaffen eingesetzt werden können.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte, laut der ihr vorliegenden Erkenntnisse seien die Chemikalien nur für zivile Zwecke verwendet worden. Eine Einschätzung, die von Experten bezweifelt wird (siehe Interview). Vor allem deswegen, weil unklar ist, wie die Verwendung tatsächlich kontrolliert worden sei.

Laut Untersuchungen der Vereinten Nationen wurde Ende August 2013 nahe der syrischen Hauptstadt Damaskus das Giftgas Sarin eingesetzt. Bei diesem Angriff starben laut Medienberichten bis zu 1400 Menschen, darunter zahlreiche Kinder. Die Vorstellung, dass der grausame Sarin-Angiff in Damaskus auch mit deutschen Lieferungen ermöglicht wurde, ist unerträglich. Die LINKE fordert ein Exportverbot für solche hochsensible Teile und Chemikalien an Länder, die der Chemiewaffenkonvention nicht beigetreten sind.

„Wie Uran an Nordkorea“ – Der Außenpolitiker Jan van Aken (DIE LINKE) über die Verantwortung für den Export von Chemikalien nach Syrien

Wie beurteilen Sie die Lieferung von Chemikalien nach Syrien?

Jan van Aken: Diese Lieferungen sind unverantwortlich und politischer Wahnsinn. Denn alle Welt wusste, dass Syrien ein riesiges Chemiewaffen-Programm betreibt und der Chemiewaffenkonvention nicht beigetreten ist. Der Export dieser Chemikalien und der Spezialventile ist genehmigungspflichtig, weil sie eben auch für die Produktion von Sarin eingesetzt werden können. Damit war allen Beteiligten klar, was da an Syrien geliefert wurde. Das Ganze ist in etwa so, als würde man heute Uran an Nordkorea liefern. Das kann auch zivil verwendet werden, aber eben auch für den Bau von Atombomben. Deshalb wäre die Lieferung von Uran an Nordkorea durch nichts zu rechtfertigen. Und so ist es auch mit den Chemikalien für Syrien.

Jan van Aken mit Delegation in Syrien

Wie bewerten Sie die Aussage von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), sie habe keine Erkenntnisse, dass damit Chemiewaffen produziert wurden?

Jan van Aken: Bei der Genehmigung solcher Lieferungen reicht den Behörden die schriftliche Zusicherung der Empfänger, dass sie die Chemikalien nur für zivile Zwecke verwenden. Aber ohne vor Ort-Kontrollen oder andere Kontrollmechanismen kann die Bundesregierung gar nicht wissen, für was die 355 Tonnen Chemikalien in Syrien verwendet wurden. Bekannt war allerdings das Chemiewaffenprogramm und deshalb hätten diese Chemikalien auf keinen Fall geliefert werden dürfen. Auch wenn damit zivile Güter hergestellt werden können, dann muss Syrien Zahnpasta eben importieren.

Welche Politiker haben die Lieferung genehmigt?

Jan van Aken: In erster Linie sind das Altkanzler Schröder und Angela Merkel. Sie trugen die politische Gesamtverantwortung. Ressortverantwortung trugen die Wirtschaftsminister und die Außenminister dieser Jahre. Ich fordere sie alle auf, sich zu den Exporten zu äußern und reinen Tisch zu machen. Und die Kanzlerin muss die Frage beantworten, wie Deutschland eine zivile Verwendung dieser Chemikalien überprüft hat. Oder ob man sich schlicht auf entsprechende Zusicherungen Syriens und vages Geheimdienstwissen verlassen hat.

Lampedusa in Hamburg

Antwort an den Hamburger Senat und Vorschlag zur Lösung im Sinne von Menschenwürde und Menschenrecht

Publiziert am 29.10.2013 von lampedusa-in-hh

Wir, die Gruppe der libyschen Kriegsflüchtlinge „Lampedusa in Hamburg“, wollen erneut versuchen, Transparenz in die festgefahrene und eskalierte Situation bezüglich der Zukunft unserer Leben zu bringen.

Lampedusa-Demo in der Hamburger Innenstadt am 02.11.2013

Zunächst wollen wir daran erinnern, warum wir hier sind. Dies wird mittlerweile oft in den Berichten der Presse und in den Äußerungen der Politiker unterschlagen. Genau daraus leitet sich jedoch unsere Präsenz in Hamburg und unsere Forderung nach unserer Anerkennung ab.

Wir sind alle aus verschiedenen Ländern, zu verschiedenen Zeiten und aus verschiedenen existenziellen Gründen nach Libyen gegangen. Von dem Punkt an finden sich unsere Geschichten und unsere Schicksale zusammen. Wir haben in Libyen gelebt und gearbeitet – auch noch, als bereits Kämpfe zwischen Rebellengruppen und Regierungskräften ausgebrochen waren. Mit dem Eintritt der NATO in den Konflikt eskalierte der Krieg im ganzen Land. Unter Verlust von allem, was wir besaßen, den Tod ständig an unserer Seite, erreichten wir Lampedusa.

Wir wurden in verschiedene Regionen in Italien verteilt, untergebracht und minimal versorgt im Rahmen des EU-Programms “Notstand Nordafrika” (emergenza nordafrica). Wir durchliefen den Prozess der Einzelverfahren und erhielten Aufenthalt und italienische Dokumente, die unseren Schutzstatus garantieren. Aber kurz danach wurde das Notprogramm beendet. Die italienischen Behörden setzten uns im Winter 2012 auf die Straße, erklärten, dass es keine Lebensperspektive dort für uns mehr gäbe. Sie forderten uns auf, in andere Länder der EU zu gehen. Dies ist kurz gefasst der Hintergrund vor dem wir zum Opfer und zum Spielball der europäischen Politik wurden. So kamen

wir nach Hamburg, wie andere von uns in andere europäische Länder und Städte kamen.

Wir erhielten von Italien den Rechtsstatus unser Leben neu aufzubauen und die erlittenen Verluste zu überwinden. Jedoch findet bis heute keine praktische Umsetzung statt. Eine gemeinsame Verantwortung sowie bei der Entscheidung zum Eintritt in den Krieg in Libyen wird von den europäischen Regierungen für uns, die Zivilisten, die geschützt werden sollten, verweigert.

Es geht aber um unsere Existenz und die unserer Familien und Angehörigen, die wir bis zum Kriegsausbruch gut und ausreichend versorgen konnten. Es ist für uns kein Machtspiel, sondern es gibt keine andere Möglichkeit für uns, als für die Anerkennung unserer Rechte zu kämpfen.

Diese Auseinandersetzung findet jetzt in Hamburg seit über sechs Monaten statt und sehr viele Menschen unterstützen und bestätigen uns in unserem Anliegen zur Lösung unserer existenziellen Not. Mittlerweile, insbesondere durch die vom Senat initiierte Polizeioperation gegen uns, ist eine Eskalation entstanden, die wir konstruktiv lösen möchten. Wir denken, wir können einen für alle Seiten akzeptablen Weg darlegen.

Vorschlag des Senats

Wir begrüßen es, dass der Senat nach einem halben Jahr der Verweigerung eines direkten Dialogs auf uns zugeht und sehen das als einen möglichen Anfang für eine Lösung. In der jetzigen Form bietet der Vorschlag jedoch keine rechtliche Sicherheit für uns. Um den Vorschlag genau zu verstehen skizzieren und analysieren wir im Folgenden einige Aspekte:

Der Senat bleibt – dies wurde in nachfolgenden Gesprächen zwischen Vertretern der Behörde und des Senats mit unseren Rechtsanwältinnen bestätigt – bei seiner Position, dass die von uns vorgetragenen humanitären Gründe, insbesondere die katastrophale Situation für Flüchtlinge in Italien, nicht zu einer positiven Entscheidung über die Anträge führen werden. Das bedeutet, dass nach wie vor kein politischer Wille besteht, Verantwortung für eine praktische Umsetzung unserer Rechte, zu übernehmen.

Stattdessen soll die Entscheidung im Einzelfall in jahrelangen Gerichtsverfahren mit ungewissem Ausgang getroffen werden.

Sämtliche Mitglieder der Gruppe sollen einzeln einen Antrag auf Aufenthaltserteilung stellen und dann eine Duldung erhalten. Es wird ein Sonderschalter bei der Ausländerbehörde eingerichtet und ein Ombudsmann zur Begleitung des Procedere eingesetzt. Zusätzlich wurde gesagt, dass wir während des laufenden Verfahrens vor Abschiebung geschützt seien.

Die Duldung ist keine Aufenthaltserlaubnis, sondern lediglich eine Bestätigung über die Aussetzung der Abschiebung. Sie wird in der Regel für beliebige Zeiträume erteilt und kann jederzeit widerrufen werden.

Zwar wurde in unserem Fall zugesagt, dass die Duldung für die Dauer des gesamten Verfahrens Bestand haben soll. In Gesprächen mit Vertreter/innen der Ausländerbehörde und den uns vertretenden Rechtsanwältinnen wurde aber deutlich, dass die Hamburger Behörden keine Rechtsverbindlichkeit bezüglich des zugesagten Abschiebeschutz garantieren kann.

Die Erteilung einer Duldung bedeutet zudem, dass wir unsere italienischen Dokumente, die die Anerkennung unserer Rechte als Flüchtlinge garantieren, abgeben müssten, dass unsere Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird und dass wir frühestens in einem Jahr eine Arbeitserlaubnis erhalten könnten.

Wir begeben uns in ein langwieriges Verfahren, verlieren unseren durch Italien anerkannten Status und leben für weitere Jahre in Ungewissheit über unser Schicksal.

Dies ist kein Vorschlag, der als fair bezeichnet werden kann. Es ist vielmehr eine Bedrohung für unser Leben. Dazu gehört auch die Drohung mit Fortsetzung der Polizeikontrollen gegen uns, um unsere Zustimmung zu erzwingen.

Ein konstruktives Herangehen, würde bedeuten zu akzeptieren, dass uns in Italien kein angemessener Flüchtlingsschutz garantiert wird, was eine Folge des Versagens des Dublin II-Systems ist, und dieses Versagen nicht auf dem Rücken der hier in Hamburg unmittelbar Betroffenen auszutragen, sondern Verantwortung dafür zu übernehmen und ernsthaft die Möglichkeiten der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu prüfen.

Wir haben immer gesagt, dass wir nicht hier wären, wenn wir in Italien die Chance gehabt hätten, menschenwürdig zu leben und unseren Lebensunterhalt zu bestreiten. Dazu möchten wir auch anmerken, dass wir in der kurzen Zeit, die wir in Hamburg sind, uns mehr integrieren konnten, als es in Italien in fast zwei Jahren möglich war.

Zu unserer Lage und der allgemeinen Diskussion um die europäische Flüchtlingspolitik

Angesichts der intensiven Auseinandersetzung in der Gesellschaft und den politischen Gremien über einen notwendigen Wandel in der europäischen Flüchtlingspolitik könnte Hamburg ein positives Signal aussenden, was nicht nur aus allgemeinen Absichtserklärungen besteht. Auch in den laufenden Koalitionsverhandlungen zur neuen Regierungsbildung in Berlin könnten sich die teilnehmenden Hamburger Politiker hinsichtlich dieses Themas einbringen.

Wir wundern uns, dass uns immer wieder bei Treffen mit Politikern und Parteienvertretern wie zuletzt auch von Mitgliedern der Hamburger SPD Fraktion gesagt wird, dass es dringend Veränderungen in der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik braucht und wie wichtig die Arbeit unserer Gruppe ist, und dennoch werden wir weiterhin abgelehnt.

Hinsichtlich der großen Solidarität in aller Vielfältigkeit, dem wachsenden Bewusstsein über die Ursachen, warum wir unseren Kontinent verlassen mussten – von Libyen via Lampedusa, Italien nach Hamburg – und des Respekts gegenüber unserem öffentlichen Widerstand zur Verteidigung unserer Leben, denken wir: es ist an der Zeit, einen konkreten Prozess zur Umsetzung unseres Aufenthaltsrechts zu beginnen. Viele Organisationen, Professionelle, Institutionen und zehntausende weitere Menschen in Hamburg und darüber hinaus, unterstützen unsere Forderung nach Anerkennung gemäß §23. Sozial, politisch und kulturell engagierte Gruppen und Einzelpersonen beherbergen und versorgen uns seit Monaten mit dem Nötigsten.

Unser Vorschlag zur politischen Lösung der eskalierten Situation und unserer desaströsen Lage

Wir wollen hier einen Vorschlag vorstellen, der der Gesprächsbereitschaft des Senats entgegenkommt und praktisch umsetzbar ist:

Wir möchten daran erinnern, dass wir der festen Überzeugung sind, dass Gesetze für Menschen gemacht werden und nicht umgekehrt. Das bestehende europäische System zur Aufnahme von Flüchtlingen verletzt die Menschenrechte, wir als Leidtragende können das bezeugen. An dieser Stelle reicht es nicht aus, wenn nur von Rechtsstaatlichkeit gesprochen wird, die Gesetze jedoch stets zu unseren Ungunsten interpretiert werden. Der §23 Aufenthaltsgesetz bietet zum Beispiel eine Lösung für unsere existenzielle Not.

Warum sollen wir in Einzelverfahren gezwungen werden? Das nimmt viel Zeit in Anspruch und verursacht hohe Kosten.

Seit dem Krieg und der NATO Intervention in Libyen im Frühjahr 2011 sind wir nicht mehr zur Ruhe gekommen. Wir wollen nicht noch mehr Zeit verlieren, bis wir unser Leben neu anfangen können. Wir sind anerkannte und mit italienischen – also europäischen – Dokumenten ausgestattete Flüchtlinge. Wir haben den gesamten Prozess schon durchlaufen.

Warum sollen viele Einzelverfahren durchgeführt werden, wenn wir alle den gleichen Hintergrund und die gleiche Fluchtgeschichte – ausgehend vom Krieg in Libyen, wo wir Zivilisten und Arbeiter waren.

Warum sollen viele Steuergelder für hunderte Einzelverfahren ausgegeben werden?

Genau um dies zu vermeiden, ist vom Gesetzgeber, so verstehen wir die deutsche Gesetzeslogik, der §23 Aufenthaltsrecht geschaffen worden.

Er ermöglicht die Aufenthaltsgewährung für eine spezifische Gruppe, die bestimmte Kriterien erfüllt, wodurch einerseits Rechtssicherheit geschaffen und gleichzeitig zeitaufwändige und kostspielige Einzelverfahren vermieden werden. Wird eine Anordnung nach § 23 AufenthG erlassen, könnte jeder einzelne auf Grundlage dieser Anordnung eine Aufenthaltserlaubnis beantragen und nachweisen, ob er die Kriterien erfüllt. Wir sind bereit, als Grundlage für weitere Gespräche einen von unseren

Rechtsanwält/innen ausgearbeiteten Entwurf für eine solche Anordnung vorzulegen und zur Diskussion zu stellen.

Was wir brauchen ist eine Rechtssicherheit, die uns die Möglichkeit gibt, unser Leben neu zu beginnen und die gravierenden Verluste, die wir seit dem Krieg in Libyen erlitten haben, zu überwinden.

Eine Möglichkeit dazu wäre unter Anerkennung des bereits in Italien erteilten Flüchtlingsschutz die Erteilung einer Arbeitserlaubnis für mindestens ein Jahr. Hätten wir eine Arbeitserlaubnis in Hamburg, würden viele von uns bereits arbeiten und Steuern einbringen. Niemand von uns hat das Interesse, von staatlichen Geldern abhängig zu sein und wir können uns auch vorstellen, bei Anwendung des § 23 auf Sozialleistungen zu verzichten. In diesem Fall wäre es vorstellbar und möglich, dass aus dem Kreis der breiten Solidaritäts- und Unterstützungsbewegung die rechtlich vorgeschriebene Verpflichtungserklärung dazu abgeben würde.

Sechs Monate haben uns die Hände und Herzen der Menschen gestützt mit der Hoffnung und dem Wunsch, dass wir bleiben, hier leben können. Besonders in St. Pauli aber auch an anderen Orten der Stadt haben wir und die Nachbarschaften uns schon gegenseitig integriert. Eine vereinfachtes Verfahren und eine Arbeitserlaubnis würden uns und allen Menschen, die uns tagtäglich und unermüdlich unterstützen, entgegenkommen und dies entspräche auch den europäischen Menschenrechtskonventionen.

Bildung einer Kommission zur konkreten Ausarbeitung und Umsetzung einer praktikablen Lösung

Da jedoch bisher dieser unserer Auffassung nach beste Lösungsansatz so vehement abgelehnt wird und mittlerweile eine starke Polarisierung zwischen dem Senat und breiten Teilen der Zivilgesellschaft entstanden ist, schlagen wir die Bildung einer Kommission vor. Eine solche Kommission, in der auch die Seite der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Institutionen, die uns seit sechs Monaten in unserer Notlage helfen, einbezogen wäre könnte die konkrete Ausarbeitung des weiteren Vorgehens realisieren.

Zu den Polizeikontrollen gegen uns und die Forderung nach Angabe unsere Identitäten gegenüber der Behörde

Zu dem unhaltbaren Vorwurf des Senats wir würden unsere Identitäten verstecken, haben wir uns bereits in unserem Offenen Brief vom 16.10.2013 an den Senat geäußert:

1. Wir sind Inhaber gültiger Ausweisdokumente – was auch die gesamte Polizeioperation rechtlich in Frage stellt.

2. Wir verdecken nicht unsere Identität, wir sind eine der präsentesten und öffentlichsten Gruppen von Menschen in dieser Stadt.

3. Wir stellen keine Asylanträge, weil wir das Procedere bereits in Italien durchlaufen haben. Weshalb ein erneutes Verfahren nicht nur unnötig ist, es macht auch rechtlich keinen Sinn.

Auch wenn es aus unserer Sicht unabdingbar ist, in der inhaltlichen Diskussion weiterzukommen, bevor wir eine Liste unserer Namen einreichen – die bisherige Intention des Senats verstehen wir lediglich als Perspektive zur Abschiebung – wollen wir auch zu diesem Punkt einen Vorschlag unterbreiten. Wir werden unsere Dokumente und Ausweispapiere im Rahmen der Arbeit der von uns vorgeschlagenen Kommission vorlegen. Uns ist bewusst, dass dieser Schritt uns in größere Gefahr einer Abschiebung nach Italien bringt. Jedoch wollen wir die durch die Polizeikontrollen der vergangenen Wochen eskalierte und festgefahrene Situation entschärfen und stehen weiter für einen konstruktiven Prozess ein. Wir stellen aber keine Anträge gemäß des Vorschlags des Senats und wir lassen auch nicht unsere gültigen Dokumente einziehen, aus oben hinreichend erklärten Gründen.

Während einige von uns unter dem übermächtigen Druck und Drohungen langsam zerbrechen, werden wir weiter für unsere Rechte als Gruppe kämpfen – zusammen mit den vielen Menschen, die genug haben von den leeren Worten, der geheuchelten Trauer und der gespielten Humanität. Trotz einer drohenden erneuten Vertreibung wiederholen wir „We are here to stay“ als Gruppe der libyschen Kriegsflüchtlinge „Lampedusa in Hamburg“. Jeder von uns sehnt sich nach Ruhe, nach einer Normalisierung, nach etwas Stabilität aber wir stützen uns gegenseitig und mit großer Herzlichkeit und Aufrichtigkeit aus der Hamburger Bevölkerung wie der Ruf auf St.Pauli:

„U NEVER WALK ALONE!“

Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung

Jeden ersten Montag im Monat,
um 19:30 Uhr im Parteibüro
Am Felde 2, 22765 Altona

Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat,
um 19:30 Uhr im Parteibüro
Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat,
um 18:00 Uhr im Rathaus Altona
Kollegiensaal 1. Stock
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Arbeitskreis Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg Fachforum der Linken

Jeden zweiten Mittwoch im Monat,
um 19:15 Uhr in der Geschäftsstelle
der Bürgerschaftsfraktion
Buceriusstraße 2 (Haus am Domplatz),
20095 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Werner Haertel, Telefon: 040 – 200 54 67
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Jeden vierten Dienstag im Monat,
um 19:30 Uhr im Bürgertreff Altona-Nord
Gefionstraße 3, 22769 Hamburg

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Jeden ersten Mittwoch im Monat,
um 19:00 Uhr im „ViaCafelier“
Paul-Dessau-Str. 4, 22761 Hamburg

Stadtteilgruppe Elbvororte

Jeden zweiten Dienstag im Monat,
um 19:30 Uhr im Restaurant Blankenese
Schenefelder Landstraße 169 (Iserbrook),
22589 Hamburg

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat,
um 19:30 Uhr im Stadtteilhaus Lurup
(Lesecafe), Böverstland 38, 22547 Hamburg

Stadtteilgruppe Ottensen

Jeden zweiten Montag im Monat,
um 19:00 Uhr im Parteibüro
Am Felde 2 (Ottensen), 22765 Hamburg

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de
Mail: info@die-linke-altona.de
Tel.: 040 – 41 35 85 20
Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 • 22765 Hamburg
Bank: DIE LINKE.Altona | Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923
IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA

Impressum:

Redaktion: Volker Vödisch, Metin Kaya, Marlit Klaus, Hasan Burgucuoglu, Irfan Cüre, Michael Zuther
V.i.S.d.P.: Beate Reiss • Am Felde 2 • 22765 Hamburg
Gestaltung: www.karindesmarowitz.de • Fotos: Die Linke Altona (alle bis auf S.13: R. Schuldt/flickr.com)